

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - OR B/S./059(VI)/19			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ortschaftsrat Beyendorf- Sohlen	Montag,  06.05.2019	Soziokulturelles Zentrum Dodendorfer Weg 12	19:00Uhr	20:40Uhr

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung**

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung und der vorliegenden Anträge, Informationen und Änderungen der Tagesordnung
- 3 Entscheidung über Einwände zur Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 01.04.2019 - öffentlicher Teil -
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Informationen des Ortsbürgermeisters
- 6 Beschlussvorlagen
- 7 Anfragen und Anregungen der Ortschaftsräte

Sollte die Sitzung nicht beendet werden, wird vorsorglich zur Fortführung der Sitzung am Mittwoch, den 08.05.2019 um 19 Uhr eingeladen.

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Siegfried Geue

**Mitglieder des Gremiums**

Anja Maahs

Ulrich Schrader

Dr. Frank Thiel

Prof. Dr. Jürgen Tiedge

**Geschäftsführung**

Eileen Herrmann

Abwesend:

**Mitglieder des Gremiums**

Torsten Böhm

Werner Nordt

Dr. Niko Zenker

Fehlen angezeigt

## Öffentliche Sitzung

---

### 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

Der Ortsbürgermeister Siegfried Geue eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Ortschaftsräte und Bürger. Weiterhin stellt er die Beschlussfähigkeit des Ortschaftsrates fest. Von 8 Ortschaftsräten sind 5 anwesend, somit ist die Beschlussfähigkeit des Ortschaftsrates gegeben.

### 2. Bestätigung der Tagesordnung und der vorliegenden Anträge, Informationen und Änderungen der Tagesordnung

---

Mit Verweis auf den heutigen TOP 5 schätzt Herr Tiedge die gewählte Überschrift als zu unkonkret ein und er erinnert erneut an die damalige Kritik der Teamleiterin Sitzungsmanagement (Büro des Oberbürgermeisters) zu dieser Thematik. Er äußert die Ansicht, dass die Einladung zur heutigen Sitzung somit nicht ordnungsgemäß war. Herr Geue macht deutlich, dass die Einladung dem Büro des Oberbürgermeisters bekannt ist und nicht beanstandet wurde.

Der Ortschaftsrat Beyendorf-Sohlen bestätigt die Tagesordnung mit 4:1:0.

Herr Geue gibt den Hinweis auf die von ihm eingebrachten Tischvorlagen und bittet darum, diese unter TOP 7 zu behandeln.

### 3. Entscheidung über Einwände zur Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 01.04.2019 - öffentlicher Teil -

---

Der Ortschaftsrat bestätigt die Niederschrift (öffentlicher Teil) vom 01.04.2019 mit 3:1:1.

### 4. Einwohnerfragestunde

---

Frau Schlee nimmt Bezug auf den vom Ortschaftsrat Beyendorf-Sohlen in seiner letzten Sitzung gefassten Beschluss über die Variante des Fahrstuhleinbaus (Sitzung vom 01.04.2019, TOP 6.1). Sie sieht diesen Beschluss nicht als rechtmäßig an und macht kritisch deutlich, dass in der Einladung der betreffenden Sitzung lediglich die Information über den Sachstand zum Fahrstuhleinbau angekündigt war und nicht die Vorstellung zweier Varianten sowie eine Beschlussfassung darüber. Sie stellt klar, dass den Vereinen in der Vergangenheit lediglich eine Variante vorgestellt wurde. Zudem kritisiert sie, dass der Ortschaftsrat in dieser Angelegenheit eine Entscheidung getroffen hat, ohne die Vereine einzubeziehen, obwohl die Beteiligung der Vereine in der Niederschrift zur letzten Ortschaftsratssitzung angekündigt war. Bezüglich der vom Ortschaftsrat beschlossenen Variante 2 und die sich daraus ergebende Verkleinerung der Küchenfläche gibt sie den Hinweis, dass die Küche in der Vergangenheit kostenintensiv saniert wurde und von den Vereinen stark genutzt wird. Sie wirft die Frage auf, ob dafür an anderer Stelle eine neue Küche eingerichtet werden soll oder die Küchenfläche dann anderweitig wieder ausgedehnt wird. Frau Schlee informiert über eine Sitzung der Volkssolidarität, bei der die anwesenden Mitglieder die Problematik erläutert und sich gegen die Variante 2 ausgesprochen haben.

In diesem Rahmen wurde eine Unterschriftensammlung gegen die Entscheidung des Ortschaftsrates initiiert, bei welcher auch schon Mitglieder anderer Vereine ihre Unterschrift geleistet haben. Frau Schlee macht deutlich, dass es zweckmäßiger wäre, die nicht genutzte Fläche des ehemaligen Büroraumes für den Fahrstuhleinbau zu verwenden. Abschließend spricht sie sich ausdrücklich für den Erhalt der Küche aus.

Herr Thiel legt dar, dass die Thematik im Rahmen der vergangenen Ortschaftsratssitzung ausführlich mit einem Vertreter des KGM sowie dem zuständigen Architekten besprochen wurde, wobei die beiden Varianten vorgestellt und die Vor- und Nachteile erörtert wurden. Er berichtet über seine Verwunderung darüber, dass keine Vertreter der Vereine an der Sitzung teilnahmen, obwohl das Thema in der Einladung zur Sitzung aufgeführt war. Weiterhin führt er aus, dass sich der Ortschaftsrat zur Variante 2 bekannt hat, weil diese aufgrund der Anordnung und der Wegführung als optimale Ausgestaltung angesehen wird. Er merkt an, dass die Küche weiterhin nutzbar sein wird. Zudem macht er deutlich, dass der Ortsbürgermeister beauftragt wurde, den Ortschaftsratsbeschluss mit den Vereinen zu besprechen und dies auch nachgeholt werden sollte. Darüber hinaus legt er dar, dass der Ortschaftsrat bei massivem Widerspruch der Nutzer in seiner nächsten Sitzung immer noch einen neuen Beschluss über die Variante fassen könnte. Er stellt klar, dass sich der Ortschaftsrat in der letzten Sitzung bereits mehrheitlich für eine Variante ausgesprochen hat, um den Planungs- und Bauablauf nicht zu verzögern. Der Bauantrag für den Einbau des Fahrstuhles wird jedoch erst gestellt, wenn die umzusetzende Variante eindeutig festgelegt wurde. Herr Thiel geht auf den Zeitplan für das Bauvorhaben ein: die Beantragung der Baugenehmigung erfolgt nach der Vorlage der abschließenden Planung, wobei die Bearbeitungsdauer bis zur Vorlage der Genehmigung durchschnittlich ein halbes Jahr beträgt. Nach Vorlage der Baugenehmigung ist die Ausschreibung der Bauleistungen vorgesehen, sodass ein Baubeginn eventuell Ende 2019 / Anfang 2020 erfolgen könnte, wenn kein größerer Zeitverzug entsteht. Herr Thiel gibt den Hinweis, dass die denkmalschutzrechtlichen Belange bei der Erarbeitung der Varianten berücksichtigt wurden. In diesem Zusammenhang macht Herr Tiedge erneut darauf aufmerksam, dass er es weiterhin als störend empfindet, dass das SKZ in den Planungsunterlagen fälschlicherweise als "Gutshaus Sohlen" bezeichnet wird.

Frau Schlee ist mit der Ansicht des Herrn Thiel, die Beteiligung der Vereine nachzuholen, einverstanden. Zudem weist sie darauf hin, dass ein Gremium existiert, welches sich mit barrierefreien Zugängen in der Stadt beschäftigt und Ratschläge gibt. Sie empfiehlt, dieses Gremium bei der Variantendiskussion zu Rate zu ziehen. Zudem weist sie darauf hin, dass für die Außenrampe am SKZ ein Gefälle von 6 % vorgesehen ist, obwohl ein Richtwert von 5 % eingehalten werden sollte.

Herr Thiel fragt nach, aus welchem Grund Herr Geue nicht wie vereinbart das Gespräch mit den Vereinen gesucht hat. Herr Geue teilt mit, Frau Schlee über die Entscheidung des Ortschaftsrates informiert zu haben. Er macht deutlich, dass er keinen Anlass für eine Einladung der Vereine zu einem gesonderten Gespräch sieht, da die Vereine an der Ortschaftsratssitzung, für welche die Behandlung der Thematik angekündigt war, hätten teilnehmen können, um ihre Meinung beizutragen. Zudem stellt er klar, dass es sich bei dem in Rede stehenden Raum offiziell um eine Teeküche und nicht um eine vollwertige Küche handelt. Herr Thiel macht darauf aufmerksam, dass der Niederschrift der letzten Sitzung eindeutig der Auftrag an Herrn Geue zu entnehmen ist, ein Gespräch mit den Vereinen über die Variantenentscheidung zu führen. Er merkt kritisch an, dass Herr Geue diesen Auftrag hätte erfüllen sollen. Herr Geue führt aus, dass er nicht dazu bereit ist, eine gesonderte Versammlung mit den Vereinen durchzuführen. Er bietet an, die Thematik in der nächsten Ortschaftsratssitzung erneut zu behandeln, wenn ein entsprechender Antrag dazu vorgelegt wird.

Frau Schlee gibt den Hinweis, dass die Aufgaben sowie Rechte und Pflichten des Ortschaftsrates eindeutig in den Landesgesetzen geregelt sind, und sie äußert kritisch die Ansicht, dass Herr Geue nicht nach den gesetzlichen Regelungen handelt.

Herr Tiedge bestätigt, dass in der Einladung zur letzten Sitzung lediglich folgender Titel formuliert war: "Information zum Stand der geplanten Baumaßnahmen für den behindertengerechten Zugang zum SKZ – Berichterstattung KGM".

Herr Thiel zitiert aus dem Beschluss des Ortschaftsrates zum Thema Fahrstuhl: „*Der Ortschaftsrat Beyendorf-Sohlen spricht sich mehrheitlich für die Umsetzung der Variante 2 aus. Der Ortsbürgermeister wird beauftragt, die Variante 2 mit den im SKZ ansässigen Vereinen zu besprechen.*“ Er beanstandet, dass Herr Geue dem Auftrag des Ortschaftsrates nicht nachgekommen ist. Herr Tiedge unterstützt die Auffassung der Frau Schlee, dass bei der Einladung zur letzten Ortschaftsratsitzung Fehler unterlaufen sind. Er legt dar, dass nicht konkret angekündigt wurde, dass verschiedene Varianten für den Fahrstuhleinbau behandelt und ein Beschluss über die umzusetzende Variante gefasst werden sollten.

Frau Maahs stellt klar, dass die Thematik eindeutig in der Einladung aufgeführt wurde und dem Ortschaftsrat im Vorfeld ebenfalls nicht bekannt war, dass eine weitere Variante für den Fahrstuhleinbau vorgestellt wird. Sie macht darauf aufmerksam, dass der Heimatverein vorher seine Position zum Bauvorhaben besprochen hat, um im Rahmen der Ortschaftsratsitzung seine Meinung beitragen zu können. Sie führt aus, dass die beiden Varianten ausführlich vorgestellt und die Vor- und Nachteile eingehend diskutiert wurden. Im Ergebnis hat sich der Ortschaftsrat dann bereits für die Variante 2 ausgesprochen, um einen Zeitverzug im Planungsablauf zu vermeiden.

Herr Geue macht wiederholt deutlich, dass er es nicht für sinnvoll hält, noch ein Gespräch mit den Vereinen zu führen, da diese die Möglichkeit hatten, an der betreffenden Sitzung des Ortschaftsrates teilzunehmen. Er stellt klar, dass der in dieser Sitzung gefasste Ortschaftsratsbeschluss Bestand hat.

Herr Tiedge stellt eine Selbstanzeige. Er legt dar, gegen die Ortschaftsverfassung verstoßen zu haben. Entgegen der Festlegungen des Kommunalverfassungsgesetzes LSA habe er seine Beteiligung an der Abstimmung über die Bauvariante abgelehnt. Da dies nach dem KVG nicht zulässig ist, bittet er darum, seine Selbstanzeige an den Oberbürgermeister als Aufsichtsbehörde weiterzuleiten. Er äußert die Auffassung, dass der gefasste Beschluss demzufolge nicht rechtmäßig wäre.

Herr Thiel stellt den mündlichen Antrag, die Thematik des Fahrstuhleinbaus für die Tagesordnung der Junisitzung des Ortschaftsrates erneut vorzusehen, um die Varianten nochmals zu diskutieren und die Entscheidungsfindung zu einem vernünftigen Abschluss zu bringen. Er weist zudem darauf hin, dass durch Herrn Geue noch vor der nächsten Sitzung das Gespräch mit den Vereinen nachzuholen ist. Er bietet an, Herrn Geue zu vertreten, falls dieser nicht zu einem Gespräch bereit ist. Er konkretisiert seinen Antrag wie folgt: Für die Ortschaftsratsitzung am 03.06.2019 ist der Tagesordnungspunkt „Beschluss über die Variante der Baumaßnahme für den behindertengerechten Zugang zum SKZ“ aufzunehmen. Herr Schrader unterstützt den Antrag des Herrn Thiel.

Die Nachfrage des Herrn Tiedge, ob der Ortschaftsratsbeschluss über die Variante weiterhin besteht und auf dieser Grundlage die Diskussion am 03.06.2019 geführt wird, bestätigt Herr Thiel. Herr Tiedge sieht diese Verfahrensweise nicht ein und geht in diesem Zusammenhang auch auf die Bezeichnung des Objektes im Eingemeindungsvertrag ein. Zudem erinnert er daran, dass im Rahmen des Umbaus des SKZ die Entwässerung der Außenmauern zu Tage trat und ersichtlich wurde, dass diese über Kammern im unterhalb der Erdoberfläche befindlichen Mauerwerk erfolgt. Aus diesem Grund hat er bei der Variantendiskussion bereits darauf hingewiesen, dass die historische Bausubstanz erhalten bleiben muss. Er äußert die Befürchtung, dass das unterirdische Mauerwerk nach der Baumaßnahme beispielsweise für Frost angreifbar sein könnte.

Herr Geue bittet Herrn Thiel darum, für die nächste Ortschaftsratsitzung einen schriftlichen Antrag zur Thematik Fahrstuhl einzubringen. Herr Thiel ist einverstanden.

Herr Döll informiert über viele Anfragen von Bürgern, an der Ausfahrt des Baugebietes Am Kirschberg zum Friedhof Sohlen eine verkehrsberuhigte Insel zu schaffen, damit die Kinder die Straße zum Radweg hin gefahrlos queren können.

Weiterhin berichtet Herr Döll über die Beschwerden Anwohnern des Sohlener Mühlenweges über eine Traktorkolonne, die den Weg passiert hat und besonders negativ durch unhöfliches Verhalten aufgefallen ist. Laut Ordnungsamt befindet sich die Zufahrt zu den Ackerflächen an der Kreuzung, der Sohlener Mühlenweg ist laut Bebauungsplan nicht für den landwirtschaftlichen Verkehr vorgesehen. Herr Schrader macht auf die langjährige Praxis aufmerksam, diesen Weg zu nutzen, da eine Zufahrt über die Kreuzung gar nicht möglich ist. In diesem Zusammenhang nimmt Herr Tiedge Bezug auf die Problematik der Straßenausbaubeiträge. Er gibt den Hinweis auf die öffentliche Stellungnahme S0189/19 (Straßenausbaubeiträge in Magdeburg abschaffen!?), laut der die Stadtverwaltung die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in der Stadt Magdeburg nicht weiter verfolgen wird. Voraussetzung dafür, dass die Stadt keine Straßenausbaubeiträge mehr erheben darf oder muss, wäre eine entsprechende Änderung des Kommunalabgabengesetzes LSA. Er fasst zusammen, dass kein Wegfall der Straßenausbaubeiträge zu erwarten ist. Er bittet um Information, falls der Inhalt der Stellungnahme anders interpretiert wird.

## 5. Informationen des Ortsbürgermeisters

---

Der Bericht des Ortsbürgermeisters bezieht sich auf den Zeitraum vom 01.04.2019 bis zum 06.05.2019. Da Herr Tiedge vom 01.04.2019 bis zum 14.04.2019 die Vertretung des Ortsbürgermeisters übernommen hat, beginnt er mit der Berichterstattung.

Herr Tiedge informiert über seine Teilnahme an der Stadtratssitzung am 11.04.2019 und der Folgesitzung am 15.04.2019. Er teilt mit, dass er am Rande der Sitzung ein Gespräch mit dem Beigeordneten Herrn Platz über die Versammlung des Gemeindevwahlausschusses und das Auftreten einer Vertrauensperson geführt hat. Herr Platz hat ihm seinen Standpunkt dazu erläutert. Zudem berichtet Herr Tiedge über sein am Rande der Sitzung geführtes Gespräch mit den Beigeordneten Herrn Dr. Scheidemann und Herrn Professor Puhle sowie der stellvertretenden Stadtratsvorsitzenden Frau Wübbenhorst zum Thema Schulbezirke. Er legt dar, dass die Satzung über die Schulbezirke der kommunalen Grundschulen im Einschulungsjahr 2020/21 vom Stadtrat beschlossen wurde, wobei der Einfluss der Busanbindung in der Stadtratsdiskussion eine Rolle spielte. Der Ortschaft Beyendorf-Sohlen wurde wieder die in Reform befindliche Grundschule „Lindenhof“ zugeordnet. Er verweist auf den von Frau Steinmetz und Herrn Hausmann eingebrachten Änderungsantrag zur Drucksache DS0064/19/3, welcher den Hinweis enthält, dass die Schüler/innen aus Beyendorf-Sohlen aufgrund der neuen Busanbindung auch in der Grundschule Westerhüsen beschult werden können. Dieser Änderungsantrag wurde beschlossen und ist somit Bestandteil des Stadtratsbeschlusses zur Satzung. Herr Tiedge informiert, sich als Einwohner der Ortschaft ebenfalls zur Thematik geäußert zu haben. In diesem Rahmen hat er – wie bereits im Bildungsausschuss – erneut seine Position deutlich gemacht: „Unsere Kinder sind keine Versuchskaninchen.“

In Bezug auf die Stadtratssitzung berichtet Herr Tiedge zudem, dass die Anträge A0149/18 (Stationärer Blitzer am Kindergarten Beyendorf-Sohlen) und A0150/18 (Verkehrsinself am Sohlener Friedhof) im inhaltlichen Zusammenhang behandelt wurden. Er informiert über den vom Stadtrat beschlossenen Änderungsantrag des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr zum stationären Blitzer, wonach statt eines stationären Blitzers ein digitaler Geschwindigkeitsanzeiger installiert werden soll. Herr Tiedge hat in der Stadtratssitzung dazu ausgesagt, dass der Ortschaftsrat vorher keine Gelegenheit dazu hatte, seine Meinung dazu zu äußern.

Er hält die Idee zur Installation eines elektronischen Erfassungsgerätes jedoch für interessant und gibt den Hinweis, dass die von der Pegler-Stiftung zur Verfügung gestellten Messgeräte momentan nicht zuverlässig funktionsfähig sind. Auf seine Mitteilung darüber hat er bisher keine Antwort erhalten.

Bezüglich des beschlossenen Änderungsantrages hat Herr Tiedge in der Sitzung angemerkt, dass das Gerät dann regelmäßig ausgelesen und ausgewertet werden sollte. Herr Theile habe daraufhin unterstellt, dass diese Forderung gegen den Datenschutz verstößt. Herr Tiedge kann diese Einschätzung nicht nachvollziehen, da weder Kennzeichen erfasst werden noch Bildaufnahmen erfolgen. Weiterhin setzt Herr Tiedge darüber in Kenntnis, dass der Antrag zur Schaffung einer Verkehrsinsel in einen Prüfauftrag geändert wurde. Abschließend zur Stadtratsberichterstattung informiert er über die von Frau Steinmetz eingebrachte Anfrage F0123/19 (Kein Wegfall der Verbindung der Bördebuslinie von Wanzleben über Beyendorf nach Magdeburg), zu der eine schriftliche Beantwortung durch den Oberbürgermeister erfolgen wird.

Als weitere besondere Ereignisse während seiner Vertretungszeit nennt Herr Tiedge die Eröffnung der Ausstellung in der Sohlener Kirche und die Aktivitäten des Bürgerkomitees bezüglich der Sülze und der Umwelt.

Herr Geue verweist auf die am 26.05.2019 stattfindende Kommunalwahl, die Ortschaftsratswahl und die Europawahl. Er merkt an, dass die konstituierende Sitzung des neuen Ortschaftsrates im Juli stattfinden wird und der aktuelle Ortschaftsrat im Juni seine letzte reguläre Sitzung durchführen wird. Er zitiert den § 5 Abs. 1 des Kommunalwahlgesetzes LSA: *„Die Neuwahl der Vertretung muss vor Ablauf der Wahlperiode stattfinden. Die reguläre Wahlperiode der gewählten Vertretung endet am 30. Juni jedes fünften auf das Jahr 2014 folgenden Jahres. Soweit die Neuwahl wegen der gleichzeitigen Durchführung der Europawahl mit der Kommunalwahl nicht vor Ablauf der regulären Wahlperiode der Vertretung erfolgt, endet die jeweils laufende Wahlperiode am 31. Juli.“* Er stellt fest, dass der aktuelle Ortschaftsrat demzufolge bis zum 30.06.2019 besteht.

Herr Geue informiert über die am 25.04.2019 erhaltene Meldung eines umgestürzten Baumes gegenüber des Friedhofs Sohlen. Er teilt mit, dass dieser durch den SFM entfernt wurde. Zudem wurde am 25.04.2019 von Nutzern des SKZ eine Bodensenkung auf dem Parkplatz im Eingangsbereich des SKZ gemeldet. Durch das KGM wurde eine Verfüllung der Senkung mit Asphalt veranlasst.

Herr Geue weist auf die als Tischvorlage ausgereichte E-Mail der Frau Herrmann, welche sich im Nachgang der letzten Sitzung hinsichtlich der offenen Fragestellungen beim Baudezernat erkundigt hat. Bezüglich des Termins für die Informationsveranstaltung mit der MVB zum Thema ÖPNV wurde heute mündlich mitgeteilt, dass die Veranstaltung für Ende Mai / Anfang Juni 2019 vorgesehen ist, eine Mitteilung des endgültigen Termins erfolgt zeitnah. Herr Thiel hält die zeitnahe Durchführung der Informationsveranstaltung für erfreulich und äußert die Bitte, dass der Ortschaftsrat und die Bürger rechtzeitig durch die Stadtverwaltung oder die MVB eingeladen werden.

Bezüglich der Berichterstattung des Herrn Tiedge zur Stadtratsdiskussion über die Schulbezirke gibt Herr Thiel den Hinweis, dass für jedes Schuljahr eine neue Satzung über die Schulbezirke gefasst werden muss, um eine gewisse Rechtssicherheit zu schaffen. Er geht auf die Situation der Grundschule „Lindenhof“ ein und legt dar, dass die Kapazität der Schule stark ausgelastet ist. Er informiert über in der Vergangenheit auf Antrag von Eltern getroffene Ausnahmeregelungen für die Beschulung in Westerhüsen und macht deutlich, dass er es begrüßt, dass die Diskussion zur Thematik eröffnet wurde und die Grundschule Westerhüsen nun ebenfalls für die Schüler/innen aus der Ortschaft zur Verfügung steht. In diesem Zusammenhang verweist er auch auf die weiterhin bestehende Diskussion über die Öffnung der Schulbezirke. Hinsichtlich der bisherigen Ausnahmeregelungen informiert Herr Tiedge ergänzend, dass ihm gegenüber die Aussage getroffen wurde, dass 80% der Anträge genehmigt wurden.

Zudem stellt er fest, dass die Notwendigkeit der Festlegung von Schulbezirken aus der vom Stadtrat beschlossenen Regelung über eine Höchstzahl von 22 Schülern pro Klasse entstanden ist. Weiterhin geht er auf die Problematik der Schulanfangszeiten ein und äußert sich kritisch dazu, dass die Schulzeiten im Rahmen von Schulkonferenzen und nicht behördlich einheitlich festgelegt werden.

Herr Geue teilt mit, dass hinsichtlich der Anfrage des Herrn Zenker an die Verwaltung, ob die Maßnahme umgesetzt wird oder erneuter Handlungsbedarf seitens des Ortschaftsrates besteht (I0057/19 – Verkehrssicherheit im Kreuzungsbereich Beyendorfer Dorfstraße, Schulstraße und der Straße zum Bahnhof), noch keine Antwort des Baudezernates vorliegt. Zu den weiteren Anfragen an die Verwaltung liegen den Ortschaftsräten Informationen vor, die mit der Einladung oder als Tischvorlage ausgereicht wurden und unter TOP 7 behandelt werden.

## 6. Beschlussvorlagen

Herr Tiedge erklärt seine Befangenheit in der folgenden Angelegenheit und nimmt nicht an der Diskussion und der Abstimmung zum Antrag teil.

Herr Geue weist auf den von ihm eingebrachten Antrag auf Unterstützung des Bürgerkomitees „Dialog vor Ort und mehr“ mit einer finanziellen Zuwendung in Höhe von 30 Euro hin. Herr Thiel stimmt zu, dass das ehrenamtliche Engagement in der Ortschaft unterstützt werden sollte.

Der Ortschaftsrat Beyendorf-Sohlen beschließt den folgenden Antrag mit 4:0:0:

*Im Frühjahr 2019 zeichnet sich das Bürgerkomitee „Dialog vor Ort und mehr“ durch zahlreiche Aktivitäten aus. Diese Veranstaltungen werden durch die große Einbeziehung unserer Bürger, Parteien und Vereine durchgeführt.*

*Der Ortschaftsrat Beyendorf-Sohlen unterstützt diese Aktionen mit einer finanziellen Zuwendung in Höhe von 30 Euro. Diese werden aus dem Verfügungsfonds des Ortsbürgermeisters finanziert.*

## 7. Anfragen und Anregungen der Ortschaftsräte

Herr Geue nimmt Bezug auf das Antwortschreiben des Beigeordneten Herrn Platz vom 15.04.2019 zum Feuerwehrgerätehaus für die FFW Beyendorf-Sohlen. Demnach werden seitens des Amtes für Brand- und Katastrophenschutz für das Haushaltsjahr 2020 Planungsmittel in Höhe von 20.000 Euro für die Planung eines Anbaus zur Unterbringung des Mannschaftstransportwagens und eines auf einem Anhänger montierten Notstromaggregates angemeldet. Der Bau der Garage könnte dann im Jahr 2021 erfolgen.

Der Ortschaftsrat nimmt den Inhalt des Schreibens unterstützend zur Kenntnis. Herr Geue wirft die Frage auf, ob der FFW Beyendorf-Sohlen dieser Sachverhalt bekannt ist, und schlägt vor, der FFW ein Exemplar des Schreibens zukommen zu lassen. Herr Thiel stimmt zu.

Herr Geue bezieht sich auf die Antwort des Dezernates für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit vom 03.04.2019 bezüglich der Elektromobilität. Laut Aussage des Dezernates gibt es seitens der Landeshauptstadt Magdeburg aktuell keine Überlegungen, öffentlich zugängliche Ladestationen für Fahrräder und PKW am Standort Beyendorf-Sohlen einzurichten. Dabei wird der Hinweis gegeben, dass die Ortschaft überwiegend von einer offenen Bebauungsstruktur geprägt ist, sodass Eigner von Elektrofahrzeugen oder –fahrrädern die Möglichkeit haben, auf dem eigenen Grundstück zu laden. Zudem sei laut aktueller Presseinformation seitens des Bundes geplant, ab Sommer 2019 eine Förderung privater Ladeinfrastruktur aufzulegen.



Weiterhin wurde darauf hingewiesen, dass das Stadtplanungsamt voraussichtlich ab Mitte 2019 die Erarbeitung eines Masterplans E-Mobilität veranlassen wird. Der Masterplan umfasst alle Bereiche der E-Mobilität und wird auch mögliche Standorte öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur erfassen, der Erarbeitungszeitraum beträgt ca. 12 Monate. Der Ortschaftsrat nimmt die Informationen zur Kenntnis.

Bezug nehmend auf die ausgereichten Auftragsbestätigungen teilt Herr Geue mit, dass die Bestellungen der Tische und Stühle für die Aula SKZ ausgelöst wurden. Herr Tiedge erinnert an die Arbeitsgruppe unter der Leitung von Herrn Meier, welche der Abstimmung unter den Vereinen diene und sich mit solchen Themenstellungen wie die Ausstattung des SKZ befasste. Herr Geue stellt klar, dass ein Ortschaftsratsbeschluss über die Beschaffung der Ausstattung gefasst wurde und nun die Bestellbestätigung dazu vorliegt. Herr Tiedge macht seine Ansicht deutlich, dass die Vereine jedoch darüber informiert werden sollten.

Herr Geue weist darauf hin, dass die Lieferung in der 26. oder 27. Kalenderwoche erfolgen soll und im Vorfeld die Beräumung des alten Mobiliars erforderlich ist. Herr Tiedge merkt an, dass auch die diesbezügliche Klärung Aufgabe der Arbeitsgruppe wäre. Herr Geue verneint dies und macht deutlich, dass die Aufgabenstellung jetzt ist, das alte Mobiliar aus den Räumlichkeiten zu entfernen. Herr Thiel geht davon aus, dass der Lieferant mit der Entfernung des alten Mobiliars und dem Verbringen des neuen Mobiliars an seinen Bestimmungsort beauftragt wurde. Er bittet darum, dies im Vorfeld abzuklären.

Mit Verweis auf die den Ortschaftsräten vorliegende Stellungnahme zur Reparatur Feldweg legt Herr Geue dar, dass die dargelegten Schadstellen bereits repariert wurden. Der Ortschaftsrat nimmt die Stellungnahme S0175/19 zum Antrag A0057/19 (Reparatur Feldweg zum Kreuzberg / Frohser Berg) zur Kenntnis. Bezüglich der Ankündigung, den noch unbefestigten Bereich des Feldweges voraussichtlich bis Ende November 2019 mit Fräsmaterial zu befestigen, gibt Herr Tiedge den Hinweis auf die Positionierung der Partei Bündnis 90/Die Grünen gegen die Verwendung von Fräsgut in der freien Natur.

Auf Nachfrage des Herrn Tiedge bestätigt Herr Geue, dass er die Einladung des Bürgerkomitees zum am 10.05.2019 um 14:00 Uhr am Bahnhaltelpunkt Beyendorf stattfindenden Dialog mit dem Schwerpunkt „Nahverkehr für unsere Ortschaft“ an die anwesenden Ortschaftsräte ausgereicht hat.

Herr Thiel bittet darum, den Hinweis an die Stadtverwaltung zu geben, dass die Entleerung der Glascontainer am Spielplatz dringend erforderlich ist. Frau Schlee teilt mit, dass seit dem Wechsel des Entsorgers keine angemessene Entleerung der Glascontainer in der gesamten Ortschaft mehr erfolgt. Zudem äußert sie sich kritisch über die mangelhaften Ergebnisse der letzten Rasenmäh im Bereich Obere Siedlung. Herr Geue kündigt an, diesbezüglich bei SFM nachzufragen. Frau Schlee führt aus, dass ein Teil der Grünfläche im Kreuzungsbereich sogar überhaupt nicht gemäht wurde, da dort regelmäßig Fahrzeuge abgestellt werden. Dazu macht sie auf die dadurch entstehende Verkehrsfährdung aufmerksam, da die Kreuzung aufgrund der dort parkenden Fahrzeuge kaum einsehbar ist. Sie weist zudem darauf hin, dass die gleiche Problemlage in der Schulstraße an der Zufahrt zum Kirchengrundstück besteht, weil dort ebenfalls Fahrzeuge im Kreuzungsbereich abgestellt werden. Herr Geue sichert zu, das Ordnungsamt darüber zu verständigen.

Herr Geue schließt den öffentlichen Sitzungsteil um 20:40 Uhr und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Siegfried Geue  
Ortsbürgermeister

Eileen Herrmann  
Schriftführerin